



Lokales

10. September 2024 | Seite 9

🕒 4 min.

Klimabeirat spricht mit Windkraft-Experten über Möglichkeiten für Betrieb eines Heizwerkes durch Windenergie

So käme Halle an günstige Nahwärme

Von Stefan Küppers

HALLE (WB). Die große Debatte um die laufende Planung von sechs großen Windkraftanlagen durch die Stadtwerke Münster in Bokel, Hörste und Kölkebeck bekommt womöglich eine neue Perspektive. Denn neben den wichtigen Fragen des Natur- und Artenschutzes, die insbesondere von der Bürgerinitiative Barrelpäule vorgetragen werden und bekanntlich auch eine Planung noch kippen können, sollten auch die Chancen für eine preisgünstige kommunale Nah- und



Fernwärmeplanung mit Unterstützung der Windkraft betrachtet werden. Bei einem weiteren Expertengespräch des Klimabeirates in der Windenergie-Themenreihe sind solche Wärmeenergie-Aspekte diskutiert worden.

Unter der Überschrift „Der Klimabeirat fragt nach“ hatte das Gremium, das den Umwelt- und Klimaausschuss der Stadt beraten soll, diesmal mit Stefan Brinkmann den Geschäftsführer und Vorstand der IngenieurNetzwerk Energie EG (INeG) aus Bad Iburg zum Gespräch geladen. Die INeG ist ein Dienstleister, der mit 70 Mitarbeitern unterschiedlicher Fachrichtungen von Energieberatung über Windradplanungen bis hin zu technischer Gebäudeausrichtung abdeckt. Über die Tochterfirma Wärmeschmiede erarbeitet das Unternehmen mit den TWO aktuell eine kommunale Wärmeplanung für Halle.

Der Bau einer Windkraftanlage, die in Halle zwischen 200 und 250 Meter Gesamthöhe erzielen, kostet zwischen neun bis zehn Millionen Euro Investitionskosten. Für Halle kommen auch einzelne Bürgerwindräder infrage. Das Foto links zeigt den Geschäftsführer beziehungsweise Vorstand der INeG, der dem Klimabeirat Rede und Antwort stand.

Windrad kann Großwärmepumpe mit Strom beliefern

Und für diese kommunale Wärmeplanung kann es schon einen großen Unterschied machen, ob von den aktuell in Halle geplanten Windrädern ein oder auch zwei für die Erzeugung von Nah- beziehungsweise Fernwärme genutzt werden. Laut Stefan Brinkmann ist es grundsätzlich gut vorstellbar, dass von einem Windrad der Strom direkt für den Betrieb einer Großwärmepumpe genutzt wird, man spricht hier von „Power to Heat“. Besonders interessant sind dabei Möglichkeiten über eine direkte Stromleitung von der Windkraftanlage zum Heizwerk, da so keine Netzentgelte, Umlagen und Abgaben anfallen. Dafür müssen aber die Relationen stimmen.

Mit diesem (von den TWO betriebenen?) Heizwerk könnte dann eine ungenannte Zahl von Haushalten in Halle mit Nahwärme versorgt werden. Da der Windstrom mit etwa 7 bis 8 Cent je Kilowattstunde als preisgünstig gilt, könnte hier für Haller Haushalte die Chance für relativ preisgünstigen Heizstrom liegen.

Zur Erinnerung: Dort, wo die Stadt künftig keine solchen Versorgungsangebote unterbreiten kann, müssen Bürger in einigen Jahren nach dem Gebäudeenergiegesetz nach Ablauf gewisser Fristen selbst dafür sorgen, dass für ihr Haus eine Wärmeversorgung mit einem Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien realisiert wird.

Da der Klimabeirat viele Fragen hatte, wurde das Thema Heizenergie aus Wind nur kurz angerissen. Brinkmann wies zudem darauf hin, dass über sogenannte PPA-Verträge örtliche Industriebetriebe per Direktleitung von dem preisgünstigen Windstrom im Ort profitieren können, wobei auch sie Netzentgelte und Umlagen sparen können.

Die aktuell üblichen Windkraftanlagen haben nach Auskunft von Stefan Brinkmann eine Größe von 5,5 bis 7,2 Megawatt und produzieren durchschnittlich 17,5 Millionen Kilowattstunden Strom im Jahr. Das entspricht etwa dem aktuellen Strombedarf von 5000 Haushalten. Während die von den Stadtwerken Münster geplanten Anlagen Gesamthöhen zwischen 200 und 250 Metern haben, gibt es nach Auskunft von Stefan Brinkmann bereits Anlagen von 285 Meter Gesamthöhe. Das dient dem maximierten Energieertrag. Für eine Windkraftanlage wird aktuell mit Investitionskosten von neun bis zehn Millionen Euro gerechnet.

Ab 500 Euro Beteiligung:

So läuft das mit den Bürgerwindrädern

Viele Fragen des Haller Klimabeirates drehten sich um die Finanzierung von Windkraftanlagen beziehungsweise das Stichwort Bürgerwindrad. In der Regel, so führte Experte Stefan Brinkmann aus, wird eine GmbH & Co. KG gegründet. Die Banken erwarteten in der Regel zehn Prozent Eigenbeteiligung.

Die mögliche Form der Bürgerbeteiligung ist die Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft. Für bis zu zwei der sechs geplanten Windkraftanlagen ist durch Überlassung an die TWO eine solche Bürgergenossenschaft denkbar. Laut Brinkmann haben Bürger dann eine Beteiligungsmöglichkeit von 500 bis 25.000 Euro pro Genosse. Diese Bürger eG kann sich als Kommanditist an einer Betriebs-KG beteiligen. Eine weitere Form der Bürgerbeteiligung ist den Erklärungen nach ein Nachrangdarlehn, welches meistens gemeinsam mit einer ortsansässigen Bank realisiert wird.

Auch die Frage nach möglichen Risiken bei einer Beteiligung wurde gestellt. Wie INeG-Vorstand Brinkmann erklärte, sei die Windkrafttechnik mittlerweile sehr erprobt und über Vollwartungsverträge und Versicherungen sehr gut abgesichert. Der prognostizierte Windertrag sei über unabhängige Windgutachten nachzuweisen und berge damit kaum Überraschungen. Die größten Risiken steckten in der Projektentwicklungsphase bis zu einer Genehmigung.